

Thema: Wider die Normalisierung! Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und
privatisierten Dienstleistungssektor. Maßnahmen und Handlungsansätze.

am 20. September 2018 in Berlin

Elke Hannack, stellvertretende DGB Vorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort!

Dauer: circa 10 Minuten

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, Sie bei unserer heutigen Tagung begrüßen zu dürfen. 2016 haben wir das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ erstmals zum Gegenstand einer Tagung gemacht. Damals habe ich gesagt, wir werden dran bleiben und die Beschäftigten nicht allein lassen. Und wir sind dran geblieben.

Wir treffen uns nun zum dritten Mal zu diesem Thema und leider ist das auch nach wie vor bitter nötig. Bevor ich zu den Gründen dafür komme, möchte ich mich zunächst bei denjenigen bedanken, die uns heute aktiv unterstützen. Wir freuen uns sehr über das Kommen von

Herrn **Dr. Helmut Teichmann**, Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, der im Anschluss an meine kurze Einführung auch ein Grußwort an uns richten wird.

Zudem begrüßen wir Herrn **Prof. Dr. Ulrich Wagner** von der Universität Marburg. Er hat seinem Impulsvortrag sehr passend den Titel „*Die gereizte Gesellschaft*“ gegeben und fragt nach den Gründen der Zunahme von Gewalt.

An den Impulsvortrag schließt eine Diskussionsrunde an. Außer den gerade Genannten nimmt daran neben mir Herr **Oberamtsrat Ronald Mikkeleitis** vom Berliner Bezirksamt Mitte teil.

Herzlich willkommen an Sie alle, wir freuen uns sehr, dass Sie bei uns sind!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich komme zurück zu den von mir erwähnten Gründen.

Warum stellt der DGB auch 2018 gewalttätige Übergriffe auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst in den Mittelpunkt einer eigenen Veranstaltung?

Auf den ersten Blick liegt die Antwort nicht auf der Hand. Schließlich war die 2017 erfasste Kriminalität in Deutschland laut Polizeilicher Kriminalstatistik so niedrig wie seit 25 Jahren nicht mehr. Doch leider gilt dies nicht für Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im gleichen Zeitraum. Mit über 74.000 verzeichneten Delikten wurde hier ein neuer Höchststand erreicht. Und immer wieder und immer öfter werden auch die

Beschäftigten der Jobcenter, der Rettungsdienste oder der Ordnungsämter bei ihrer Arbeit beleidigt oder körperlich angegriffen. Letztlich gibt es kaum eine Berufsgruppe, die nicht betroffen ist. Auch in Krankenhäusern, Schulen, in Bussen und Bahnen kippt die Stimmung immer häufiger in Richtung Gewalt.

Was wir erleben, ist zwar keine Explosion der Gewalt im Allgemeinen und auch kein Kontrollverlust des Staates. Aber es sind eben nicht nur Einzelfälle und es ist auch nicht nur ein unbegründetes Gefühl, dass eine gewisse Verrohung im Umgang miteinander feststellbar ist.

Hinter den Übergriffen steht zumindest teilweise eine wachsende Ablehnung staatlichen Handelns, wenn die Beschäftigten als Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates wahrgenommen werden.

Doch wie konnte es dazu kommen?

Respekt- und Rücksichtslosigkeit sind ein Zeichen dafür, dass der gesellschaftliche Kitt bröckelt. Der Zusammenhalt schwindet und dafür gibt es viele Gründe: Die Vermögen sind in Deutschland extrem ungleich verteilt. Laut DGB-Verteilungsbericht verfügt das wohlhabendste 1 Prozent der Bevölkerung über 24 Prozent des Gesamtvermögens. Gleichzeitig muss sich ein Viertel der abhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor durchschlagen. Dazu kommen Befristungen und ungewollte Teilzeit. Prekäre, unsichere und schlecht bezahlte Arbeit weitet sich aus.

Gleichzeitig wurde der öffentliche Dienst in vielen Regionen kaputtgespart, und das hatte von der Symbolik her eine schleichende Entwertung öffentlicher Ämter zur Folge. Hier brauchen wir eine Trendwende! Es ist eben nicht egal, wie die Polizeigebäude oder Bürgerämter von außen und innen aussehen. Es ist eben nicht egal, mit wieviel Personal Behörden, Schulen oder kommunale Kitas ausgestattet sind. Der öffentliche Dienst muss greifbar sein, er muss für die Menschen da sein. Und eben nicht marode aus dem letzten Loch pfeifen wie vielerorts der Fall.

Wer den öffentlichen Dienst nur als Kostenfaktor begreift, ist respektlos gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wie auch gegenüber den Beschäftigten.

Der Rückzug des Staates aus der Fläche hinterlässt problematische Leerstellen. Dieser Rückzug und die parallel wachsende Ungleichheit sind nicht nur ungerecht und berauben Menschen ihrer Perspektiven, das alles untergräbt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn ein weiteres Phänomen hat sich ausgebreitet: das Schulterzucken. Du bist arm? Selber schuld! Du wohnst in einer Gegend, in der es keine öffentlichen Bäder und keine Ämter mehr gibt? Zieh doch weg! Du hast nur einen befristeten Arbeitsvertrag? Muss an dir liegen!

Wir Gewerkschaften tolerieren keine Gleichgültigkeit. Wir tolerieren daher auch kein Schulterzucken bei der zunehmenden Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Mit der heutigen Veranstaltung und der Broschüre, die ich Ihnen gleich vorstellen werde, wollen wir uns dieser Entwicklung entgegenstellen. Unsere Handreichung **[Broschüre nach oben halten]** trägt den Titel „*Wider die Normalisierung*“. Sie enthält Handlungsempfehlungen zu Prävention sowie Nachsorge und erzählt die Geschichten von neun betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Ich kann der Politik, aber auch jedem Dienstherrn

und jedem Arbeitgeber nur dringend zur Lektüre dieser Schilderungen raten. Mein Fazit: Wer heute im öffentlichen Dienst arbeitet, der braucht ein dickes Fell.

Ganz herzlichen Dank an all jene, die uns mit ihrer Expertise bei der Erstellung der Broschüre unterstützt haben: Herr Professor Dr. Ulrich Wagner, Herr Dirk Eßer von der Unfallkasse NRW und Herr Ronald Mikkeleitis vom Ordnungsamt Bezirk Mitte.

Einen ganz besonderen Dank richte ich jedoch an die Portraitierten. Ihre Bereitschaft unser Projekt zu unterstützen, ist keine Selbstverständlichkeit. Zum großen Teil sind die Kolleginnen und Kollegen heute auch vor Ort. Vielen Dank an und einen Applaus für:

Christian Greiser vom Ordnungsamt Bezirk Mitte,

Andreas Liste vom Jobcenter Halle,

Anusch Huseynov, Pflegerin an einer Uniklinik,

Dennis Bitzer, Zugführer bei der Deutschen Bahn,

Alexander Bernbach von der Feuerwehr Kassel,

Maike Neumann von der Polizei Köln,

Michel Teutsch, Kraftfahrer bei der Berliner Stadtreinigung, sowie

Andreas Schürholz, Justizvollzugsbeamter aus Hagen.

Am Ende der heutigen Veranstaltungen werden wir die Broschüre natürlich an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer verteilen und sie wird auch auf unserer Webseite zum Download bereit stehen.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Staatssekretär Teichmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, der DGB wird bei dem Thema nicht locker lassen. Wir fordern konkrete Schritte. Wir brauchen fundiertes Zahlenmaterial zu Gewaltdelikten gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und dem privatisierten Dienstleistungssektor. Die Dienstherrn und Arbeitgeber müssen die Fälle detailliert und nach einheitlichen Gesichtspunkten erfassen.

Wir brauchen aber auch Arbeitgeber und Dienstherrn, die sich um Prävention und Nachsorge kümmern. Gefährdete Beschäftigte brauchen Unterstützung, sie brauchen Schulungen für Deeskalationsstrategien, sie brauchen funktionierende Mechanismen wenn der Fall der Fälle eingetreten ist.

Führungskräfte müssen sensibilisiert werden. Sie müssen verstehen, dass der physische wie psychische Schutz der Beschäftigten zu ihren Aufgaben gehört. Wir brauchen zudem mehr Personal und bessere Ausstattung. Ausreichender Schutz darf nicht am Geld scheitern!

Es gibt also viel zu tun. Im ersten Teil unserer Tagung soll es um Ursachenforschung und persönliche Erfahrung gehen. Anschließend werden uns in drei Workshops das Aachener Model, Deeskalations-strategien sowie Möglichkeiten der psychischen Regulation näher vorgestellt. Ich wünsche uns eine gute Veranstaltung!

Vielen Dank!